

EINLEITUNG

Stefano Cavazza/Thomas Großbölting/Christian Jansen

Für die Parteiengeschichte ist 2017 ein besonderes Jahr. Nicht Vorgänge in Italien oder Deutschland, sondern politische Entwicklungen in den USA markieren diese Zäsur. Mit Donald Trump erkämpfte sich in den Vereinigten Staaten erstmalig ein Bewerber das Amt des Präsidenten, der nahezu unabhängig von den Großparteien der USA zu den Vorwahlen und Wahlen angetreten war. Das Establishment der Republikaner hatte den Kandidaten allenfalls geduldet, aber keinesfalls uneingeschränkt unterstützt. Noch im Oktober 2016 mutmaßten verschiedene Medien, dass die „Grand Old Party“ eigentlich ohne eigenen Kandidaten sei. Da „trampelt in ihrem Namen ein Mann durchs Land, der sich von der Partei losgesagt hat und allenfalls noch den rechtspopulistischen Teil der republikanischen Wählerschaft und die notorischen Clinton-Hasser repräsentiert. Es ist ein Mann, der sich nur noch um sich selbst schert und dem es völlig egal ist, wen er mit in den Abgrund reißt.“¹ Wie so viele Berichtersteller ging auch dieser Journalist fehl in seiner Prognose: Nicht die demokratische Kandidatin Hillary Clinton, sondern der mehr oder weniger auf eigene Rechnung agierende Donald Trump wurde zwar nicht von der Mehrheit der Amerikaner gewählt, aber doch vor dem Hintergrund des indirekten Wahlrechts von so vielen gewählt, dass er zum Präsidenten der USA gekürt wurde.

Bis heute, so scheint es, ist die republikanische Partei, auf Grund dieses Ergebnisses tief konsterniert, und das, obwohl sie in beide Kammern des US-Systems die Mehrheit hält und sich damit eigentlich auf dem Höhepunkt ihrer Macht befindet. Verschiedene republikanische Parteigrößen haben sich dem President-Elect und dann dem Präsidenten als Berater und Funktionsträger angedient, andere wie der Senator von Arizona und Präsidentschaftskandidat der republikanischen Partei 2008, John McCain, entwickelten sich hingegen zu den größten Kritikern des 45. Präsidenten der USA. Auch wenn generell der Präsident der USA unabhängiger von der Rason seiner jeweiligen Partei agiert, ist gerade Trump völlig ungebunden und damit unabhängig und unkontrolliert zugleich. Mit welchem Konzept und mit welchen Kandidaten die republikanische Partei 2020 in den Wahlkampf ziehen wird, bleibt eine spannende Frage.

In Deutschland und Italien treffen die Vorgänge in den USA auf viel Befremden und haben durchaus unterschiedliche Auswirkungen. In den Vereinigten Staaten hatten Journalisten schon 2015 auf die Ähnlichkeiten zwischen Berlusconi und

1 Hubert Wetzel, Trump zertrümmert die Republikanische Partei, in: Süddeutsche Zeitung, 12.10.2016, S. 4.

Trump hingewiesen.² Weniger in Italien, wo eher die Unterschiede gesehen werden, als in Deutschland fragen sich viele: Ist Trump wie Berlusconi?³ Die meisten sehen den Sieg Trumps als ein weiteres Beispiel einer personenzentrierten Politik, die Italien schon erlebt hat.⁴ In der Bundesrepublik stärkte der Erfolg von Donald Trump einerseits die AktivistInnen von AfD und PEGIDA⁵, die sich in ihrer Elitenschelte, in ihrer Ablehnung des Systems wie auch im ausländerfeindlichen Chauvinismus bestätigt sahen. Andererseits führte der Erfolg Trumps dazu, dass in Meinungsumfragen und Urnengängen die Erfolgskurve der Rechtspopulisten abflachte. Viele der Protestwähler, die mit ihrem Kreuz bei der AfD sich weniger zu deren Positionen bekennen, als vielmehr ihren Protest gegen das „System“, das Establishment und die etablierten Parteien zum Ausdruck bringen wollten, entschieden sich auf Grund der Vorgänge in den USA eher vorsichtiger, machten ihr Kreuz an einer anderen Stelle oder wählten nicht.

Dieser vielleicht am meisten Aufsehen erregende „Fall“ – der Aufstieg des Parteilosen Donald Trump zum mächtigsten Politiker der Erde und dessen Rückwirkungen auf Italien und Deutschland – ist allerdings nur ein Indiz für eine tiefgreifende Veränderung in der Zuordnung von politischer Kultur, Demokratie und Parteien. In der langen Linie des 20. Jahrhunderts sind das Aufkommen Donald Trumps wie früherer (rechts)populistischer Bewegungen, etwa in Italien *Forza Italia*, *Lega Nord*, *Movimento Cinque Stelle* oder in Deutschland „Alternative für Deutschland“ (AfD) nur das Ende einer langen Entwicklung.

Es gibt viele Indizien dafür, dass sich die Rolle der Parteien im politischen System seit den 1980er Jahren verändert hat. Insbesondere die Ära der Massen- und Mitgliederparteien scheint vorbei zu sein, also insbesondere der politischen Organisationen, die sich um möglichst viele Mitglieder bemühen und mit der hohen Zahl

- 2 Frank Bruni, *La dolce Donald Trump*, in: *New York Times*, 18.7.2015; Rula Jebreal, *Donald Trump Is America's Silvio Berlusconi*, in: *Washington Post*, 15.9.2015; Roger Cohen, *The Trump-Berlusconi Syndrome*, in: *New York Times*, 14.3.2016. Die These fand Anklang auch in Europa: John Foot, *We've seen Donald Trump before – his name was Silvio Berlusconi*, in: *The Guardian*, 20.10.2016. In Italien berichteten die Zeitungen sofort über diese Interpretationen, ohne aber klar Stellung zu nehmen: Massimo Gaggi, *Intervista a Frank Bruni: Prodotto della civiltà televisiva può diventare il Berlusconi USA*, in: *Il Corriere della Sera*, 8.8.2015.
- 3 Giuliano Ferrara, *Qualche verità su Trump e Berlusconi*, in: *Il Foglio*, 5.3.2016. In diesem Artikel betonte der Journalist, der auch Minister in der ersten Berlusconi-Regierung war, einige Ähnlichkeiten zwischen den zwei Politikern, aber auch die politischen Unterschiede: Trump sei nach rechts orientiert, Berlusconi sei ein Liberaler. Berlusconi selber hat Ähnlichkeiten mit Trumps Biographie anerkannt, aber auch die politischen Unterschiede klar hervorgehoben: er sei kein rechter Politiker. Siehe das Interview: Francesco Verderami, *Analogie tra me e Trump, ma io non sono la destra. Da Obama mondo instabile*, in: *Il Corriere della Sera*, 12.11.2016.
- 4 Die Betonung der „Personenzentrierung“ in der Literatur ist auf die 90 Jahre und auf die Analyse der Berlusconi Erfolg zurückzuführen: siehe Giampietro Mazzoleni, *Towards a Videocracy. Italian political Communication at a turning point*, in: *European Journal of Communication*, 10 (1995), S. 291–319. Siehe auch Donatella Campus, *The 2006 election: more than ever, a Berlusconi-centred campaign*, in: *Journal of Modern Italian Studies*, 11 (2006), S. 516–531.
- 5 Über Pegida siehe Hans Vorländer, Maik Herold, Steven Schäller, *PEGIDA: Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*, Wiesbaden 2016.

ihrer Mitglieder und Anhänger auch politisch argumentieren – unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung. Sowohl in Italien wie auch in Deutschland schrumpfen die Mitgliederzahl dieser Massen- und Mitgliederparteien seit den 1980er Jahren.⁶ Dass zusätzlich die Wahlbeteiligung sinkt und die Akzeptanz für die Parteien als Träger des politischen Geschäfts nachlässt, ist ein mittlerweile „robustes Phänomen“.⁷ Wenn die Meinungserhebungen weiter differenzieren, stellt sich oftmals heraus, dass der Verdross nicht allgemein dem politischen System gilt, sondern vor allem den Parteien und ihrem Personal.

Hinzu kommen interne Entwicklungen: Die Parteitage als Orte der internen Meinungsbildung gehen in ihrer Bedeutung zurück und avancieren mehr und mehr zu Medienspektakeln, auf denen sich die Parteielite der Wählerschaft präsentiert. Nicht mehr das Geflecht von Ortsvereinen, Kreis- und Landesverbänden mit ihren demokratischen Strukturen, sondern die Medien sorgen für parteiinterne Kommunikation und Willensbildung. Gegenüber den Wählern brauche man zum Regieren eh nur „Bild, BamS und Glotze“, so soll der ehemalige sozialdemokratische Bundeskanzler Schröder kurz nach seiner Wahl gesagt haben und verwies damit auch seine eigene Partei in eine Statistenrolle.⁸

Dabei sind es keinesfalls nur diese inneren Entwicklungen, die die Arbeit der Parteien verändern und schwieriger machen. Politik selbst und ihre praktische Operationalisierung hat sich verändert. Die Komplexität des politischen Prozesses steigert sich, so dass es schwieriger wird, Lösungen zu finden und diese sowohl im Erfolgsfall wie auch beim Scheitern einzelnen Verantwortlichen zuzuschreiben. Zudem hat die Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft die gezielte Ansprache von Kollektiven enorm erschwert. Beide Veränderungen hängen zusammen mit einer zunehmenden Internationalisierung und Globalisierung, die ihrerseits die Grenzen nationaler Politik ebenso verwischt wie übersteigt.⁹ Auch damit stoßen die wesentlich national organisierten Parteien rasch an ihre Grenzen. All diese Indizien deuten auf einen Befund hin, der den Hintergrund für die Beiträge in diesem Buch bildet und den der Politologe Wolfgang Merkel 2013 so formulierte: „Die Hochzeit der politischen Parteien ist mit dem 20. Jahrhundert zu Ende gegangen“ und „Ersatz für das 21. Jahrhundert“ ist „nicht in Sicht“¹⁰.

Diese Krisenbeschwörungen sind ebenso wie die tatsächlichen Krisen nicht neu, im Gegenteil. Und dennoch sind Parteien nach wie vor das institutionelle Rückgrat der politischen Systeme, in Italien und in Deutschland. Es sind die Parteien, die immer noch und anders als in den USA das politische Spitzenpersonal stellen. Sie organisieren die Meinungsbildung im Parlament, sie formulieren im Wahlkampf, aber auch darüber hinaus politische Ziele und stoßen dazu Diskussionen in der Ge-

6 Vgl. dazu u. a. Hubert Kleinert, Abstieg der Parteiendemokratie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 35–36 (2007), S. 3–11, Zitat S. 3 f.

7 Emanuel V. Towfigh, *Das Parteien-Paradox. Ein Beitrag zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratie und Parteien*, Tübingen 2015, S. 1.

8 Vgl. Ludwig Watzal, Editorial, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 35–36 (2007).

9 Vgl. Wolfgang Schroeder, *Wozu noch Volksparteien?* in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 3 (2017), S. 27–30, Zitat S. 27.

10 Wolfgang Merkel, *Krise? Krise!* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.5.2013, S. 7.

sellschaft an. An der Oberfläche des Makroblicks zeigt sich vor allem Kontinuität. Die Partei als politische Institution, wie sie sich im 19. Jahrhundert herausgebildet und im 20. Jahrhundert verfestigt hat, ist ein Erfolgsmodell. Darauf verweist schon allein die lange Wirkungskdauer dieser politischen Institution.

Die Väter und die wenigen Mütter des Grundgesetzes haben die Parteien in Artikel 21, Abs. 1, S. 1, GG zwar zurückhaltend, aber im Gegensatz zur Weimarer Reichsverfassung explizit erwähnt. Sie beschreiben Parteien als *eine* (und damit nicht als einzige) Institution, die bei der politischen Willensbildung des Volkes *mitwirkt*. Die Parteien sind darauf verpflichtet, ihrer „inneren Ordnung“ nach demokratischen Grundsätzen zu entsprechen wie auch über die Herkunft ihrer Mittel und Vermögenswerte Auskunft zu geben. Der Entwicklung der konkreten politischen Ausprägung wird auf diese Weise – insbesondere mit Absatz 3 „Das Nähere regelt das Bundesgesetz“, also das erst 1967 beschlossene Parteiengesetz – einerseits viel Raum und andererseits ein gesetzlicher Rahmen gegeben. Das Fehlen entsprechender Regelungen in der italienischen Verfassungsordnung, vor allem das Fehlen eines Gesetzes, das demokratische Mindestanforderungen an die innere Organisation von Parteien verlangt, sind eine der Hauptursachen der Instabilität des italienischen Parteiensystems und machen einen wesentlichen Unterschied zwischen der politischen Kultur Italiens und der Bundesrepublik aus. „Parteien“ wie *Forza Italia* oder *Movimento Cinque Stelle*, die mit schwach ausgeprägter innerparteilicher Demokratie allein auf eine Person zugeschnitten sind, sind in Deutschland nicht möglich.

Mit Blick in die Zukunft erscheint die starke Verankerung der Parteien in der politischen Kultur Deutschlands manchem Beobachter gar als „alternativlos“.¹¹ Zwar wird immer wieder über Formen direkterer Bürgerbeteiligung oder auch darüber diskutiert, ob Verbände und andere Zusammenschlüsse aus der Zivilgesellschaft die Funktionen der Parteien übernehmen könnten. Rasch wird aber deutlich, dass damit eine noch viel stärkere Selektion von Beteiligung verbunden wäre, engagieren sich doch hier überproportional die akademischen Mittelschichten. Vielen Beobachtern der politischen Szene erscheinen die Parteien damit nicht nur als Garanten, sondern sogar als Essenz der Demokratie. Sie sollen den Willen der Bevölkerung repräsentieren und zugleich ebenso stabile wie responsive Bindungen in der Gesellschaft schaffen.

Noch stärker als in Deutschland ist in Italien *partitocrazia* (Parteiherrschaft) ein Schimpfwort, das oft im politischen Kampf verwendet wird (obwohl sein Erfinder, der Politologe Giuseppe Maranini, *partitocrazia* als wissenschaftliches Konzept verstehen wollte).¹² Der verbreitete Unmut über die (angebliche) *partitocrazia* hat zwar historische Traditionen und eine Mentalität, die staatlichen Vorgaben und Institutionen generell skeptisch gegenübersteht, maßgeblich beigetra-

11 Vgl. Schroeder, Wozu noch Volksparteien? (wie Fn. 9), S. 27–30, Zitat S. 28.

12 Damiano Palano, Il giovane Maranini. Appunti per una storia della scienza politica italiana tra le due guerre, in: Teoria Politica 17 (2001), S. 148.

gen.¹³ Aber eine zentrale Rolle hat auch die Wahrnehmung der diffusen Korruption der politischen Parteien und Eliten wie auch des Klientelismus gespielt. Darüber hinaus versuchten die italienischen Verfassungsväter (auch hier waren nur wenige Frauen beteiligt), wenn auch mit politischen Bedenken und ohne parteienfeindliche Absichten, die Macht des Parlaments durch die Einführung von (rein abrogativen) Volksabstimmungen in der Verfassung auszubalancieren.¹⁴ Dieses plebiszitäre Korrektiv des Parlamentarismus stand lange Zeit nur auf dem Papier. Erst in den 1970er Jahren nutzte die außerparlamentarische Opposition Referenden als politische Instrumente, um Entscheidungen der Parlamentsmehrheit zu korrigieren. Nicht selten sind die Betreiber solcher Referenden allerdings spektakulär gescheitert wie etwa der organisierte Katholizismus und die Christdemokraten 1974 beim Referendum gegen das liberale Scheidungsgesetz und 1981 gegen ein liberales Abtreibungsgesetz. Besonders in den achtziger Jahren dienten die Volksabstimmungen als Waffe gegen das Parteiensystem. Nach der Krise der italienischen Parteiensysteme, hat eine Reihe von Referenden 1993/94 entscheidend dazu beigetragen, dass das seit 1946 ausgestaltete Parteiensystem unterging und keine der damaligen Parteien heute noch existiert.¹⁵

Es ist die Ambivalenz von Krise und den damit verbundenen Abgesängen auf die Parteien auf der einen und die hohen Erwartungen auf der anderen Seite, die die Autorinnen und Autoren dieses Buches zusammengeführt hat. Den zunehmenden Krisendiskurs der Parteien seit Ende der 1970er Jahren in Deutschland wie auch den Zusammenbruch der seit Kriegsende dominierenden Parteienstruktur seit 1993 in Italien nehmen wir zum Anlass, die Erscheinungsform der Massenpartei zu historisieren und dabei ihre Leistungen wie auch ihre Grenzen im italienisch-deutschen Vergleich darzustellen. Die lange Linie, die in diesem Buch vom Ende des 19. Jahrhunderts bis hin zum Ende des 20. Jahrhunderts gezogen wird, soll helfen, längerfristige Trends und Entwicklungen zu erkennen und damit das meist kurzfristige Reden von der „Krise der Parteien“ abzulösen durch Untersuchungen, die die Bandbreite der Entwicklung herausarbeiten. Wir konzentrieren uns dabei auf den Typus der Partei, der bis heute besonders prägend und erfolgreich ist, nämlich die Massen- und Mitgliederpartei. Nach und nach löste dieser Typus bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts den älteren Typus der Honoratiorenpartei ab und konnte bis in die 1970er Jahre hinein große Teile der Bevölkerung als Wähler und Wählerinnen, viele auch als Mitglieder integrieren.

Die ersten Massenparteien, die im Rahmen der Fundamentalpolitisierung und der Ergänzung des liberalen Forderungs- und Wertekatalogs durch demokratische

13 Vgl. Christian Jansen, Eine Tradition der Rebellion gegen das staatliche Gewaltmonopol. Italien 1848–1980, in: ders. u. a. (Hg.), Die Rückkehr der Condottieri? Krieg und Militär zwischen Verstaatlichung und Privatisierung im 20. Jahrhundert, Paderborn 2010, S. 189–204.

14 In der Debatte fürchteten einige Abgeordnete davor, dass die Volksabstimmung von Minderheitsparteien instrumentalisiert werden und zu einer Blockade des Gesetzgebungsprozesses führen könnte. Siehe: Assemblea Costituente, Commissione per la costituzione, Adunanza plenaria, 24, Resoconto sommario della seduta pomeridiana di mercoledì 29 gennaio 1947, S. 231–233 (Jetzt auch online: http://www.camera.it/_dati/costituente/lavori/Commissione/sed024/sed024.pdf)

15 Näheres in: Christian Jansen, Italien nach 1945, Göttingen 2007, S. 202–228.

Maximen, also seit 1849 entstanden, verwiesen auf die „Quantität“ und führten die hohe Zahl an Unterstützern als Argument für ihre Anliegen (ähnlich wie die zur selben Zeit sehr beliebten Petitionen) in den politischen Diskurs ein. Damit stellten sie das ältere Prinzip der Honoratiorenpartei, das alleine die „Qualität“ (die philosophische oder moralische Begründung eines Argumentes oder das Ansehen derjenigen, die es vertraten) relevant sei, in Frage. Die frühesten Massenparteien in Deutschland verstanden sich aber zugleich als Vertretung nur eines Sektors der Gesellschaft: etwa im deutschen Fall der Centralmährverein, die erste Massenpartei, als Verteidiger der Revolution gegen die Reaktion, der „Treibund mit Gott für König und Vaterland“ hingegen als Verteidiger der Ordnung gegen die Revolution oder die Sozialisten als Klassenpartei der Lohnabhängigen.

Erst am Ende des 19. Jahrhunderts entstand parallel zum integralen Nationalismus, der die ganze Nation integrieren wollte und sie bisweilen auch bereits als „Volksgemeinschaft“ apostrophierte, eine neue Art von Massenparteien, die explizit klassenübergreifend sein und das ganze Volk organisieren wollte. Allen Unterschieden zum Trotz realisierte sich dieser neue, mit dem Modell der Volkspartei verbundene Anspruch zunächst zu Beginn des 20. Jahrhunderts in katholischen und seit dem Ersten Weltkrieg in faschistischen Parteien: die politische Organisation reklamierte für sich eine nicht klassen- oder interessengeleitete Politik zu verfolgen und die gesamte „Volksgemeinschaft“ zu integrieren, die im deutschen Sprachraum sowohl in der katholischen Volkspartei, dem Zentrum, als auch bei den deutschen Faschisten von der NSDAP zum positiven ideologischen Leitbegriff wurde. Sobald diese die Regierungsverantwortung übernahmen, amalgamierten Partei und Staat tendenziell miteinander. In diesem Prozess lösten sich die in der Opposition gegen das protestantische Deutsche Reich und das liberal-antiklerikale Königreich Italien entstandenen katholischen Parteien (1870 Zentrumspar- tei, 1919 Partito Popolare Italiano) als erste vom zuvor dominanten Modell der Massenpartei als Klassenpartei (Konservative als Partei des Adels, des protestantischen Klerus und der Beamten, Liberale als bürgerliche Partei, Sozialisten als Arbeiterpartei).

Während des Ersten Weltkriegs entstand dann in verschiedenen europäischen Ländern ein neuer Typus der klassenübergreifenden Massenorganisation, den man als faschistisch bezeichnen kann: die erste Partei dieses Typs war die kurzlebige Deutsche Vaterlandspartei (1917–18, mehr als 1 Million Mitglieder). Die faschistischen Parteien beanspruchten zwar einerseits, die gesamte „Volksgemeinschaft“ zu integrieren, „das Volk“ als Ganzes zu vertreten und damit andere Parteien überflüssig zu machen. Andererseits war ihre Propaganda wesentlich von verschiedenen „Anti“-s geprägt: Antikommunismus, Antisozialismus, Antisemitismus, Antiliberalismus und Antipluralismus. Für die Phase, in der faschistische Parteien zu Regierungsparteien avancierten, sind insbesondere die erheblichen Unterschiede zu klassischen Parteien in parlamentarisch-demokratischen Systemen herauszustreichen. Für die Zeit nach 1945 ist insbesondere danach zu fragen, welche Überhänge von der Diktatur in die Demokratie in Deutschland wie auch in Italien zu verzeichnen sind und welche spezifischen Neuentwicklungen in beiden Ländern angestoßen wurden. Fluchtpunkt der in diesem Buch versammelten Beiträge ist dann die jew-

eils national unterschiedlich eingefärbte Debatte um die Grenzen beziehungsweise das Versagen der Parteiendemokratie im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts.

Die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes analysieren mit einem transnationalen Blick den Aufstieg und Niedergang des Typus Volkspartei/Massenpartei in Deutschland und Italien während des 20. Jahrhunderts. Das übergreifende Erkenntnisinteresse zielt darauf ab, herauszuarbeiten, ob es spezifische, vielleicht sogar national geprägte Entwicklungspfade, in der modernen Parteiengeschichte gab. Dabei tragen die Beiträge der institutionellen Eigenentwicklung der Organisationen Rechnung, indem sie Parteien nicht allein als aus ihrer weltanschaulichen oder ideologischen Prägung, der Gesellschaft oder den Machtverhältnissen selbst abgeleitete Phänomene erklären, sondern diese als abhängig von „intervenierenden Variablen“ (K. v. Beyme) beschreiben. Dazu gehören neben dem Wandel der „cleavage“-Struktur durch staatliche Wohlfahrtssysteme, der fortschreitenden Entideologisierung oder dem Medienwandel auch politische Rahmenbedingungen wie die Erweiterung des Wahlrechts, die (Nicht)Einführung von Parteiengesetzen, die staatliche Parteienfinanzierung und vieles mehr.

Ein Schwerpunkt der in diesem Buch versammelten Untersuchungen liegt auf der Analyse von innerparteilichen Strukturen wie Organisationsstatuten und -praxis, Mitgliederverwaltung, Alimentierung der Funktionäre, Formen der internen Kommunikation etc. Welche Verfahren entwickelten moderne Massenparteien in verschiedenen Ländern und unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen zur Regelung interner Konflikte (Parteigerichtsbarkeit, Ausschlussverfahren)? Woher kam das Parteivermögen, wie wurde es verwaltet, akkumuliert und wann mit welchen politischen Zielen eingesetzt? Handelt es sich bei der häufig beklagten Vetternwirtschaft um ein Symptom saturierter Parteistrukturen?

Neben solchen klassischen sozial- und parteiengeschichtlichen Fragestellungen, die gleichwohl für die wenigsten Parteien systematisch erforscht und dargestellt sind, erscheinen auch eher kulturgeschichtliche Fragen interessant. Wie ließ sich etwa das Konzept einer lebenslangen Parteimitgliedschaft („von der Wiege bis zur Bahre“) mit den unterschiedlichen politischen Interessen verschiedener Generationen vereinbaren? Wie gelang es modernen Massen- und Mitgliederparteien und insbesondere den Volksparteien, die unterschiedlichen Interessen verschiedener sozialer Gruppen in der Mitgliedschaft zu integrieren? Wie lassen sich Widersprüche zwischen Gruppeninteressen und dem Parteiprogramm harmonisieren? Wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen Funktionären und einfachen Mitgliedern? Wie wurden die unvermeidlichen Konflikte zwischen beiden Gruppen beigelegt? Damit werfen die Beiträge, so die Hoffnung aller Beteiligten nicht nur historiographisch neue Fragen auf, sondern bereichern auch die aktuellen Selbstverständigungsdebatten über die politischen Kulturen in Italien und Deutschland.

Im ersten Teil stehen Studien zu den jeweils ersten Massenparteien in beiden Ländern – zu den linken Parteien der Arbeiterbewegung, aber kontrastiv auch zum *partito popolare*, der¹⁶ im fast vollkommen katholischen Italien in weit höherem

16 Durchgängig werden in diesem Buch die italienischen Parteien als Maskulina angesprochen, wie es ihrem grammatischen Geschlecht im Italienischen entspricht.

Maße „Volkspartei“ war, als es die deutsche Zentrumspartei je werden konnte. Da diese ein Stiefkind der neueren Parteiengeschichtsschreibung ist, fehlte sie sowohl 2014 auf der Tagung als auch jetzt im Band, und die italienische Schwesterpartei muss exemplarisch für die Probleme einer katholischen Volkspartei stehen. Der zweite Teil des Buchs beschäftigt sich mit der Zwischenkriegszeit und den seinerzeit in Italien wie dem Deutschen Reich herrschenden Faschistischen (PNF) bzw. Nationalsozialistischen Volksparteien (NSDAP). In den fünf innovativen, den Forschungsstand wesentlich erweiternden Aufsätzen stehen Organisationsstrukturen im Mittelpunkt sowie die Sozialpolitik des PNF, die seine Legitimität als Volkspartei erhöhen sollte.

Die Zeit zwischen 1945 und 1990 war in vielen europäischen Ländern die Epoche der Volksparteien. In diesen Jahrzehnten konnten diese häufig absolute Mehrheiten erzielen, oftmals standen sich zwei große Volksparteien (wie etwa in der Bundesrepublik CDU/CSU und SPD, in Italien der PCI und die Democrazia Cristiana) gegenüber, gewannen insgesamt 70% und mehr der Wähler und banden zugleich eine in die Millionen zählende Mitgliedschaft an sich. Die zunehmende Pluralität der deutschen und der italienischen Gesellschaft, der damit verbundene Wertewandel wie auch die Auflösung der bis dato die Volksparteien tragenden sozialmoralischen Milieus führten zu einer bis heute anhaltenden Krise dieses Parteityps.

Im letzten Abschnitt des Buches nehmen drei Beiträge diesen Gedanken auf und versuchen systematische und vergleichende Perspektiven aufzuzeigen. Während zum einen die Hochzeit der Volksparteien nach 1945 aus der Perspektive ihres Niedergangs neu gedeutet wird, entwerfen die abschließenden Texte jeweils für Italien und für Deutschland einen Ausblick auf Gegenwart und Zukunft.

Obwohl Historiker für die Zukunft eigentlich nicht kompetent sind, sind das Ende der Ära der Massenparteien und der Beginn einer neuen Phase einer Rekonzeptualisierung des Politischen klar erkennbar, deren weitere Entwicklung und Folgen allerdings noch völlig offen sind.